# Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 8.25, für Abholer monatlich M. 3.00, durch unsere ausmärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 3.50, vierteljährlich M. 9.00, durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatlich M. 3.50, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.50, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich ausschließlich Postbestellgebühr. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

113. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Petitzeile 45 Pf., v. auswärts 60 Pf. Anzeigen u. Behörden im amtl. Teil die Petitzeile 100 Pf., v. auswärts 125 Pf.; kleine Anzeigen die Petitzeile 35 Pf., auswärts 40 Pf. Teuerungszuschlag: 50%; Papierpreiszuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 50%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 235 — Sonnabend, den 24. Mai — 1919


# Clemenceaus Völkerbundnote

## Die Antwort auf die deutschen Völkerbundvorschläge

**Versailles**, 23. Mai. (Drahtbericht.) „Homme Libre" zufolge lautet die von Clemenceau an die deutsche Friedensdelegation gerichtete Antwort auf die deutsche Note bezüglich des Völkerbundes folgendermaßen:

Herr Präsident! Der Ausschuß der alliierten und assoziierten Mächte, welcher bestimmt ist, die Vorschläge der deutschen Regierung bezüglich der Gesellschaft der Nationen zu prüfen, hat diese Vorschläge aufmerksam geprüft. Er nimmt mit Interesse Notiz von den in diesem Entwurf enthaltenen Stipulationen und ist der Ansicht, daß sie nutzbringend in allgemeiner Weise in dem Augenblick werden erörtert werden können, in welchem die Gesellschaft endgültig gebildet sein wird. Er beschränkt sich somit für den Augenblick darauf, die Aufmerksamkeit auf eine gewisse Zahl besonderer Punkte, welche in dem Entwurfe angeführt sind, zu lenken. Er beehrt sich, zu bemerken, daß die Vorschläge der deutschen Regierung Gegenstände behandeln, welche vom Ausschuß der Gesellschaft der Nationen lange erörtert worden sind, aber dieser ist im allgemeinen der Ansicht, daß die im Pakt enthaltenen Vorschläge viel praktischer und im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Gesellschaft besser festgesetzt sind, als diejenigen der deutschen Regierung. Er stellt übrigens mit Befriedigung fest, daß die deutsche Regierung zur Bildung einer Gesellschaft geneigt ist, welche gegründet ist zur Erhaltung des auf der Durchführung der allgemeinen Grundsätze der Demokratie gegründeten Friedens. Er teilt diesen Gesichtspunkt, ist aber nicht der Ansicht, daß alle im deutschen Entwurf enthaltenen besonderen Vorschläge praktische Vorteile zu diesem Zweck darstellen. Er unterbreitet nachstehende Bemerkungen über gewisse, von der deutschen Regierung vorgebrachte Vorschläge:

1. Was die Errichtung eines Bureaus für getrennte internationale Vermittlung (§ 16 bis 18 und 62 des deutschen Entwurfes) anlangt, so ist er nicht der Ansicht, daß irgendeine gemäß dem deutschen Entwurf bezeichnete Körperschaft von Vermittlern die tatsächlich notwendige Autorität besitzen könnte, um internationale Konflikte zu regeln oder den Weltfrieden zu erhalten. Diese Funktionen werden dem Rate, wie er in dem Pakt konstituiert ist, angehören. Er ist gleichzeitig dem Gedanken geneigt, daß ein System von unparteiischen Aussöhnungsausschüssen in vielen Fällen das am meisten angebrachte und wirksamste Mittel im Hinblick auf eine Untersuchung und, wenn dies möglich wäre, auf die Regelung von dem Schiedsverfahren nicht unterworfenen Konflikten bilden könne. Er hebt hervor, daß es im Pakte nichts gibt, was sich einer Verwendung derartiger Ausschüsse widersetzt, und er hofft sogar, daß sie jedesmal gebildet werden, wenn sie einem nützlichen Ziel entsprechen würden.

2. Die Vorschläge der deutschen Regierung bezüglich der Zusammensetzung, der Rechtsprechung und der Rezipro zität des ständigen internationalen Gerichtshofes (§ 14, 15, 29—36) wurden sorgfältig geprüft und werden einer eingehenden Prüfung des Rates der Gesellschaft der Nationen vorgelegt werden in dem Augenblick, wo er den Entwurf zur Errichtung eines ständigen Gerichtshofes entsprechend Art. 14 des Paktes vorbereiten wird.

3. Der Ausschuß der Gesellschaft der Nationen hat den Grundsatz des obligatorischen Schiedsverfahrens (§ 30—35) bereits geprüft und beschlossen, daß eine allgemeine Einführung in der vorgeschlagenen Form augenblicklich nicht zu verwirklichen ist. Immerhin bemerkt er, daß er den obligatorischen Rückgriff auf Mittel zur friedlichen Regelung aller internationalen Konflikte vorgesehen hat, und er glaubt, daß die Bildung eines ständigen Gerichtshofes viel dazu beitragen wird, die Entwicklung des Grundsatzes eines Schiedsverfahrens zu stärken.

4. Er ist der Mehrzahl der in § 44—53 des Entwurfes der deutschen Regierung gemachten Vorschläge bezüglich der Transit- und Verkehrsfreiheit und der wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern günstig. Im übrigen hebt er hervor, daß allgemeine Abmachungen über diese Fragen in der Art der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen von den alliierten und assoziierten Mächten bereits geprüft sind und daß sie zur angebrachten Zeit der Gesellschaft der Nationen werden unterbreitet werden.

5. Was den Vorschlag anlangt, den zuwiderhandelnden Staat alle Kosten und Schäden, welche den Mitgliedern der Gesellschaft durch Verstöße gegen den Pakt verursacht wurden, bezahlen zu lassen (§ 65), erkennen die alliierten und assoziierten Staaten im allgemeinen an, daß der von der deutschen Regierung aufgestellte Grundsatz, welcher wohl allgemein durchzuführen ist, begründet ist. Indessen hat der Ausschuß derartiges Vertrauen, daß diese Maßnahme von der Gesellschaft für den unglücklichen Fall eines Verstoßes gegen den Pakt tatsächlich angenommen werden wird, daß er es nicht für notwendig hält, die Dispositionen des Paktes zu ändern.

6. Der Ausschuß nimmt mit Befriedigung von der Tatsache Kenntnis, daß die deutsche Regierung der Entwaffnung günstig ist (§ 40 und 42). Er hebt diesbezüglich hervor, daß der Pakt die Vorbereitung von Vorschlägen betreffend die internationale Entwaffnung an die Mitglieder der Gesellschaft vorsieht. Er ist jedoch der Ansicht, daß der auf die gegen den Pakt verstoßenden Staaten ausgeübte wirtschaftliche Druck, welcher im Art. 16 des besagten Paktes vorgesehen ist und welchem gegebenenfalls eine militärische oder maritime Aktion folgen würde, schneller und wirksamer sein muß, als die in dem Entwurf der deutschen Regierung enthaltenen Vorschläge.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Clemenceau.

## Die Schlußberatung in Spa

**Fertigstellung der deutschen Gegenvorschläge.**
**Rückkehr der Konferenzteilnehmer nach Berlin und Versailles.**

**Spa**, 23. Mai. (Drahtbericht.) Heute fand in Spa im Hotel der deutschen Waffenstillstandskommission die Besprechung zwischen den entsandten Kabinettsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation aus Versailles statt. In voller Uebereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge festgestellt. Morgen, Sonnabend, werden die deutschen Finanzdelegierten mit dem Reichsfinanzminister die Einzelheiten der finanziellen Vorschläge zum endgültigen Abschluß bringen. Die Ueberreichung der Gegenvorschläge, die ungefähr einen Umfang von 80 Schreibmaschinenseiten haben, wird in Bälde erfolgen. Die Minister und die Delegation sind heute abend wieder nach Berlin und Versailles abgereist.

* * *

**Berlin**, 23. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Veranlassung zum Zusammentritt der Konferenz in Spa war die immer dringlicher gewordene Erkenntnis, daß auch bei aller grundsätzlichen Einmütigkeit über die Grundlagen der deutschen Stellungnahme das Riesenmaterial in allen seinen Einzelheiten auf dem mangelhaft funktionierenden Wege der drahtlichen Verständigung nicht in befriedigender Weise bewältigt werden konnte. Es handelte sich auch bei den heutigen Beratungen in Spa nicht mehr um Klärung prinzipieller Fragen, sondern lediglich darum, redaktionell im einzelnen die endgültige Form zu geben. Man hofft, daß die Fristverlängerung von acht Tagen dazu nicht nötig sein wird, sondern daß man schon früher in der Lage sein wird, die deutsche Gegennote zu überreichen. Das gesamte deutsche Schriftstück ist bei weitem nicht so umfangreich wie die feindlichen Vorschläge, und es wird durch eine Reihe von Einzelnoten noch immer weiter zu ergänzen sein. Man rechnet augenscheinlich damit, daß dieser Notenaustausch sozusagen automatisch über die neu gesteckte Frist hinaus die Verhandlungen weiterleiten wird. Ob man damit Aussicht hat, zu Verhandlungen von Mund zu Mund zu gelangen, muß dahingestellt bleiben, so nützlich und notwendig diese gerade auf wirtschaftlichem Gebiete sein mögen. Auch vor der Abreise der Reichsminister nach Spa ist noch einmal der Standpunkt der Regierung festgestellt worden, der nach wie vor den Vertrag in der uns vorgelegten Form als gänzlich unannehmbar bezeichnet.

* * *

## Deutsch-französische Konferenz über die Wiederherstellung der zerstörten Bergwerke

**Berlin**, 23. Mai. (Drahtbericht.) Am 3. März hat Marschall Foch in Spa der deutschen Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß infolge Ueberschwemmung der meisten Bergwerksschächte in Nordfrankreich es unmöglich wäre, eine Untersuchung der zerstörten Schachtzimmerungen vorzunehmen. Da diese Zerstörungen sicher methodisch und infolge eingehenden Studiums vorgenommen worden seien, bitte er die deutsche Regierung um Lieferung der Zerstörungsakten.

Die deutsche Waffenstillstandskommission erwiderte am 29. März: Ueber die technische Durchführung der Zerstörungen der Bergwerke in Nordfrankreich beständen keine Akten, da die Sprengungen nicht nach einer bestimmten Methode, sondern nach der Kriegslage von Fall zu Fall angeordnet worden seien. Nur einige wenige zusammenhängende Notizen seien vorhanden, die allein durch die mit den Oertlichkeiten vertrauten Sachverständigen erläutert werden könnten, was immerhin von Nutzen beim Wiederaufbau sein würde. Die deutsche Regierung erkläre sich bereit, die betreffenden Delegierten zur Abgabe von Erläuterungen in kollegialem Gedankenaustausch mit französischen Bergwerksdirektoren zu entsenden.

Auf diesen Vorschlag teilten die Franzosen am 22. Mai in Spa mit, das Angebot der deutschen Regierung, die Sachverständigen zur Beratung der Wiederherstellung der in Nordfrankreich durch Kriegshandlungen zerstörten Kohlenbergwerke zu entsenden, werde mit Dank angenommen und es werde vorgeschlagen, die Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter in Spa abzuhalten.

## Frankreich als Sklavenhalter

**Berlin**, 23. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Note Clemenceaus über die Gefangenenfrage zeigt wohl deutlich genug, wie die Gegner entschlossen sind, von ihrem Machtstandpunkt nicht um Haaresbreite abzuweichen. Wenn es noch eines Beweises dafür bedarf, so bringt ihn die Art, wie hier eine humanitäre Frage zur Pression auf Deutschland ausgenützt wird. In diesem Zusammenhange ist eine Nachricht des „B. T." beachtenswert, dessen Haager Korrespondent folgendes drahtet: Aus einer äußerst zuverlässigen und in gewissem Sinne autoritativer Quelle erfahre ich, daß Frankreich nicht die Absicht hat, die deutschen Kriegsgefangenen, die sich in seiner Macht befinden, nach Friedensschluß tatsächlich loszulassen. Die Kriegsgefangenen sollen weiter in Frankreich bleiben und zu Wiederherstellungsarbeiten verwendet werden. Diese unerhörte Nachricht ist mir in so bestimmter und einwandfreier Form zugegangen, daß ich nicht umhin kann, sie weiterzugeben. Frankreich wird, wie mir außerdem gesagt wurde, die von ihm bereits jetzt vorausgesehene und vorausgesetzte Nichtausführung eines Teiles des Friedensvertrags durch Deutschland als Begründung benutzen, um seinerseits Frankreichs Verpflichtungen in der Kriegsgefangenenangelegenheit nicht zu erfüllen.

* * *

**Genf**, 23. Mai. (Eig. Drahtber.) Bureau Europapreß meldet: Mittwoch begab sich eine Abordnung des internationalen Roten Kreuzes von Genf nach Frankreich, um die in der früheren Armeezone, und namentlich in den zerstörten Gebieten, zum Wiederaufbau verwendeten deutschen Kriegsgefangenen zu besuchen. Bisher hat nur ein einziger schweizer Delegierter der Abordnung einen kurzen Besuch in diesen Gegenden gemacht und nur eine kleine Anzahl von Gefangenen besichtigen können. Die Abordnung wird ihrer Mission drei Wochen widmen und so viele Lager wie möglich besuchen, um einen Gesamteindruck zu gewinnen über die Zustände, denen die deutschen Kriegsgefangenen unterworfen sind. Sie führt eine große Summe Geldes bei sich, um die Notlage der Gefangenen zu lindern.

## Zur Rückkehr des Ministers Schwarz

△ **Dresden**, 23. Mai. (Drahtber. unserer Dresdner Schriftleitung.) Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet eine Meldung, daß die Rückkehr des Wirtschaftsministers Schwarz aus Versailles infolge einer Erkrankung erfolgt sei, die er sich, wie auch andere Delegierte, durch die veränderte Lebensweise zugezogen habe. Wir haben guten Grund, unsere Nachricht aufrechtzuerhalten, daß die Krankheit nur von sekundärer Bedeutung, der Hauptgrund aber sein Brief vom 6. Mai gewesen sei.

* **Barzilai †.** Der italienische Staatsmann Barzilai, der während des Krieges als Mitglied des römischen Kabinetts eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist nach einem Telegramm aus Rom gestorben.

## Versuchsballon oder mehr?

E. E. Die Nachrichten von einer bevorstehenden beiderseitigen Annäherung in den Friedensverhandlungen stammen zunächst ausschließlich von einer Seite, nämlich von der Entente, und da wieder im besonderen aus Paris. Die vielen feindlichen Blätterstimmen, die in auffallender Uebereinstimmung und mit einer ziemlich plötzlichen Schwenkung ein Einlenken in wirtschaftlichen, aber nicht in territorialen Fragen andeuten, kommen alle aus Pariser Blättern. Auch die Beantwortung unserer Völkerbundsnote bringt neue Töne. Wieweit die Entente aber in der Lage ist zu beurteilen, ob die deutsche Regierung einen so gemilderten Friedensvertrag unterzeichnen wird, wie der Pariser Berichterstatter des Amsterdamer „Handelsblad" behauptet, steht dahin. Wahrscheinlich ist es nicht nach gewissen, ziemlich unsicheren Informationen aus Berlin sollen ganz neuerdings irgendwelche Aenderungen in der Auffassung unserer maßgebenden Kreise eingetreten sein, natürlich nicht in der Richtung, daß man jetzt alles zu unterschreiben geneigt wäre, was man bis jetzt weit von sich gewiesen hat, aber vielleicht in einer ähnlichen, wie die französische Presse andeutet?

Wenn man einmal annehmen wollte, daß die Sache so läge, so würde man zur Erklärung sich wahrscheinlich der Kundgebungen erinnern müssen, die bei den letzten großen Berliner Protestversammlungen gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Gestalt von den Unabhängigen gegen die Regierung und gegen ihr Friedensprogramm veranstaltet worden sind. Der „Vorwärts" hat diesen Gegnern des Protestes zu Gemüte geführt, daß sie damit nur auf der Gegenseite jede Neigung zum Entgegenkommen vermindern, daß sie den feindlichen Annexionisten und Finanzspekulanten in die Hände arbeiten und „von innen her den Druck verstärken, den jene von außen üben, um das deutsche Volk in die Sklaverei zu stoßen". Es ist nun nicht ganz sicher, ob alle Mitglieder der Reichsregierung ebenso fest wie der „Vorwärts" gegenüber jenen unabhängigen Demonstrationen geblieben sind, und ob nicht auch von ihnen einige einen gewissen Druck von jener Seite her verspürt haben, dem sie einigermaßen nachzugeben bereit sind. Aber es ist selbstverständlich, daß es sich dabei nur um sozialistische Mitglieder des Kabinetts handeln könnte. Von den Demokraten und auch von den Zentrumspolitikern ist nicht anzunehmen, daß die in ihrem Inhalt ja keineswegs neuen Meinungsäußerungen der Berliner Unabhängigen sie in ihrer Haltung wankend gemacht haben sollten. Falls sich daher die Nachrichten der feindlichen und neutralen Presse über einen gewissen Umschwung, der in Berlin und Spa stattgefunden hätte, bewahrheiten sollten, müßte man mit besonderer Spannung dem Verhalten der nichtsozialistischen Regierungsmitglieder entgegensehen.

Eine Nachgiebigkeit auf territorialem Gebiet gegen Zugeständnisse, die uns von der anderen Seite in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen gemacht würden, — wir können uns schwer denken, daß man von vornherein ein so einfaches Schema annehmen und den Gegnern es so bequem machen sollte. Daß wir nachgeben müssen, daß wir leider unsäglich viel zugestehen müssen, versteht sich von selbst; aber eine derartige Teilung würde doch nach den zahlreichen Regierungserklärungen der letzten Tage und Wochen eine so plötzliche Preisgabe deutscher Volks- und Landesteile bedeuten, daß eine jähe Reaktion in den betroffenen Gegenden und nicht nur in ihnen unvermeidlich wäre, die, wie wir glauben, die Stellung der Regierung in Frage stellen müßte. Die bedrohten Gebiete glauben des entschiedenen Willens der Reichsregierung sicher zu sein, nach Möglichkeit zu retten, was zu retten ist; sie wissen freilich, daß ihr Schicksal leider trotzdem äußerst ungewiß ist, aber daß nun die Reichsleitung und unsere Unterhändler sie sozusagen noch vor Ueberreichung des deutschen Gesamtentwurfes sollten preisgegeben haben, das würde ihnen und auch uns nur sehr schwer eingehen. Denn mit den wirtschaftlichen Erleichterungen, die uns auf diese Weise ausgewirkt würden, wären doch — ganz im Großen gesehen — hauptsächlich vorübergehende, wenn auch sicher lange dauernde Beschwerden gemildert, wogegen in den Gebietsfragen für alle Folgezeit ein endgültiger Verzicht ausgesprochen würde.

Bis jetzt sind die Meldungen von deutscher Seite ja durchaus nicht bestätigt. Auch ist die Haltung der Entente gegenüber unseren Forderungen auf Freilassung der Gefangenen nicht derart, daß sie die eingangs genannten Pariser Meldungen bestätigen könnte. Wir haben wiederholt ausgeführt, daß die Herausgabe unserer Gefangenen eine Bedingung sei, von der unter keinen Umständen abgewichen werden könne, über die es kein Feilschen geben dürfe. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk mit geringen Ausnahmen in diesem Punkt nicht anders denkt, und halten daher ein Unterzeichnen des Friedensvertrages so lange nicht für möglich, als die Entente ihre Stellungnahme zu diesem deutschen Verlangen nicht ändert. Eine deutsche Regierung, die sich darüber hinwegsetzte, würde jedenfalls die Rückkehr der Gefangenen kaum um einen Tag überleben. Die Stimmung unter den 800 000 Volksgenossen, die ihrer Heimat noch immer ferngehalten werden, ist ohnehin derartig, daß man sie nicht noch schwerer belasten darf, wenn sie nicht nach ihrer Rückkehr in großer Zahl zu revolutionären Elementen schärfster Richtung werden sollen. Es ist also zu hoffen, daß möglichst bald eine befriedigende amtliche Aufklärung zu jenen Pariser Gerüchten gegeben werde.

## Die Antwort auf die deutsche Wirtschaftsnote

**Paris**, 23. Mai. (Reuter.) Die Antwort der Alliierten auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bestimmungen erklärt, die in der Note enthaltenen Beschwerden bezüglich der Bevölkerung, Schiffahrt, Kohlen, Blockade usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich vergegenwärtigen, daß es aus dem Unglück, das über die ganze Welt gekommen sei, und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

SLUB
Wir führen Wissen.